

Fehlt da was? Perspektivenvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten

Marcus Maurer | Simon Kruschinski | Pablo Jost

INHALT

1. Ausgangslage	1
2. Perspektivenvielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk	2
3. Untersuchungsanlage	4
4. Befunde	6
4.1 Beitragsmenge	6
4.2 Thematische Vielfalt	6
4.3 Akteursvielfalt	8
4.4 Bewertung politischer Akteure	11
4.5 Positionierung anhand von gesellschaftlichen Konfliktlinien	14
5. Zusammenfassung und Diskussion	19

1. AUSGANGSLAGE

Die Berichterstattung deutscher Nachrichtenmedien im Allgemeinen und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Besonderen steht spätestens seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 in der Kritik. Dabei werden aus unterschiedlichen Richtungen immer wieder Vorwürfe laut, die Medien würden Fakten falsch darstellen („Lügenpresse“), einseitig linke Parteien und progressive Positionen bevorzugen („Liberal Bias“) und sich somit in ihrer Berichterstattung kaum noch voneinander unterscheiden („Selbstangleichung“). Von der (gefühlten) Mehrheitsmeinung abweichende Positionen würden nicht transportiert oder sogar explizit abgelehnt, die Bevölkerungsmeinung auf diese Weise manipuliert.

Begründet werden diese Vorwürfe in der Regel zum einen mit Befragungsdaten, die zeigen, dass der überwiegende Teil der Journalistinnen und Journalisten in Deutschland Parteien links der Mitte nahesteht. So zeigt beispielsweise eine von Kritikern viel zitierte, aber nicht repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2020, dass über 90 Prozent der im Rahmen eines internen Datenprojekts befragten ARD-Volontäre bei der nächsten Bundestagswahl die Grünen, die SPD oder die Linkspartei wählen wollten (*Die Welt* vom 3.11.2020). Wissenschaftliche Journalistenbefragungen fallen weniger eindeutig aus, weisen aber tendenziell in dieselbe Richtung. Auch wenn diese Linksschiefe sicher nachdenklich stimmt, sagt sie zunächst aber nichts über die Berichterstattung aus, weil sich die politischen Präferenzen der Redakteure im besten Fall nicht in dieser niederschlagen. Zum anderen werden die Vorwürfe mit Einzelfällen tatsächlich oder vermeintlich einseitiger Berichterstattung begründet. Solche Fälle werden seit einigen Jahren zunehmend öffentlich diskutiert, weil sie zunächst von eigens dafür eingerichteten Social-Media-Kanälen wie dem ÖRR-Blog angeprangert und dann von Medien, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisch gegenüberstehen, weiterverbreitet werden. Wie groß der Anteil solcher Fälle an der Gesamtberichterstattung ist, ist bislang aber unbekannt.

Dennoch hielten laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Sommer 2023 nur 34 Prozent der Deutschen die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für „ideologisch ausgewogen“. Fast ebenso viele (29 Prozent) hielten sie für „zu links“, immerhin 10 Prozent aber auch für „zu rechts“ (*Bild-Zeitung* vom 31.07.2023). Zwar vertrauen die Deutschen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin deutlich mehr als allen anderen Mediengattungen. Der Anteil, der ihm „eher/sehr vertraut“ ist allerdings laut der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen zuletzt auf den niedrigsten Wert seit der Erfassung dieser Zahlen (62%) zurückgegangen. Eine Studie, die untersucht, wie vielfältig die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aktuell tatsächlich ist, ist folglich aus zweierlei Perspektiven sinnvoll und notwendig: Zum einen können die Erkenntnisse dazu beitragen, journalistische Berichterstattung kritisch zu reflektieren und den Verantwortlichen ggf. Anhaltspunkte für Korrekturen zu liefern. Zum anderen können sie aber auch dazu beitragen, den Journalismus vor eventuell ungerechtfertigten Angriffen und einem auf falschen Vorstellungen basierenden Vertrauensverlust zu schützen.

2. PERSPEKTIVENVIelfALT IM öFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDfunk

Perspektiven- bzw. Meinungsvielfalt gehört zu den zentralen Anforderungen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. So heißt es in der aktuellen Fassung des Medienstaatsvertrags: *„Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet. Ferner sollen sie die einem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechenden Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit achten und in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen.“* (§26 Absatz 2). Begründet wird diese Anforderung hauptsächlich damit, dass Nachrichtenmedien einen erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausüben können. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich anhand der Berichterstattung eine eigene, unabhängige Meinung über politische und gesellschaftliche Fragen bilden können. Dafür müssen in der Berichterstattung unterschiedliche Positionen und Perspektiven auf öffentliche Streitfragen präsent sein. Ausgenommen hiervon sind selbstverständlich nachweislich falsche Tatsachenbehauptungen und Positionen, die nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt sind. Darüber hinaus bleibt allerdings in der Mediengesetzgebung weitgehend undefiniert, wie Begriffe wie „Meinungsvielfalt“ und „ausgewogen“ im Detail zu verstehen sein sollen.

Die kommunikationswissenschaftliche Forschung beschäftigt sich mit dieser Frage vor allem im Kontext der Medienqualitätsforschung. Demnach sind Vielfalt und Ausgewogenheit zentrale Merkmale für Medienqualität. Vielfalt kann sich dabei zum einen auf das Personal im öffentlich-rechtlichen Rundfunk beziehen, also z. B. die Frage, ob Journalistinnen und Journalisten unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen repräsentieren (z. B. im Hinblick auf Geschlecht, Herkunft usw.). Vielfalt kann sich zweitens auf die Zusammensetzung des Gesamtprogramms beziehen, also darauf, ob unterschiedliche Programmsparten und Genres (z. B. Politik, Unterhaltung, Sport usw.) vielfältig im Programm vertreten sind. Auch wenn es sich hier sicher jeweils um relevante Fragen handelt, werden wir uns in dieser Studie

allerdings auf den dritten Aspekt von Vielfalt konzentrieren: die inhaltliche Vielfalt der Politikberichterstattung in den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dabei geht es um die Frage, ob und wie häufig verschiedene Lebensbereiche, Regionen oder ethnische Gruppen in der Berichterstattung vorkommen bzw. wie verschiedene Meinungen über oder Perspektiven auf gesellschaftliche Streitfragen in der Berichterstattung gewichtet werden. Erfasst wird dies über das Vorkommen von unterschiedlichen Akteuren (Akteursvielfalt) oder Themen (thematische Vielfalt) und durch die Bewertung der an den Streitfragen beteiligten Akteure (z. B. Parteien und Interessengruppen) oder die Positionierung entlang von themenunabhängigen gesellschaftlichen Konfliktlinien (Perspektiven- bzw. Meinungsvielfalt).

Dabei ist die Forschung allerdings mit drei bislang weitgehend offenen und überwiegend normativen Fragen konfrontiert. Erstens existieren unterschiedliche Modelle dafür, auf welchen Ebenen Vielfalt erwartet wird. Dabei geht es darum, ob es ausreicht, wenn sich die Vielfalt in einem Mediensystem oder einem Sender aus den (möglicherweise einseitigen) unterschiedlichen Darstellungen verschiedener Medien bzw. Formate ergibt (Außenpluralismus), oder ob jedes einzelne Medium bzw. Format für sich vielfältig sein soll (Binnenpluralismus). Dafür, dass ein außenpluralistisches Modell ausreicht, spricht, dass die Bürger in diesem Fall prinzipiell Zugang zu Medien mit unterschiedlichen redaktionellen Linien haben und sich somit selbständig vielfältige Informationen zusammenstellen können. Für ein binnenpluralistisches Modell spricht, dass die meisten Menschen tatsächlich aber allenfalls einzelne Medien nutzen und somit faktisch nur dann mit einer vielfältigen Berichterstattung konfrontiert werden, wenn jedes Medium in sich vielfältig berichtet. Theoretisch könnte man darüber hinaus sogar erwarten, dass auch einzelne Medienbeiträge in sich vielfältig und ausgewogen sind, also z. B. unterschiedliche Perspektiven einnehmen. Um dieses normative Problem empirisch zu umgehen, ist es folglich sinnvoll, Vielfalt auf unterschiedlichen Ebenen zu messen.

Zweitens ist bislang weitgehend offen, ob die Forderung nach medialer Perspektivenvielfalt unter allen Umständen gleichermaßen gelten soll und wo ggf. die Grenzen des Vielfaltsgebots liegen. Hinweise auf Grenzen der Vielfalt finden sich in den ebenfalls im Medienstaatsvertrag festgehaltenen allgemeinen Programmgrundsätzen: *„Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF, das Deutschlandradio und alle Veranstalter bundesweit ausgerichteter privater Rundfunkprogramme haben in ihren Angeboten die Würde des Menschen zu achten und zu schützen; die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten. Die Angebote sollen dazu beitragen, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinungen anderer zu stärken und dürfen dem Abbau von Diskriminierungen gegenüber Menschen mit Behinderungen nicht entgegenstehen“* (§ 3).

Unter welchen konkreten Bedingungen aber müssen Vielfalt und Ausgewogenheit hinter anderen Werten zurückstehen? Soll beispielsweise im Fall des russischen Angriffs auf die Ukraine auch die Perspektive Russlands (gleichgewichtig) thematisiert werden? Oder verlangen die Umstände sogar, dass sich die Medienberichterstattung auf die Seite der Angegriffenen stellt? Wenn erst einmal Ausnahmen vom Vielfaltsgebot akzeptiert werden, resultieren daraus aber zugleich weitere Fragen: Welche von der Meinungsfreiheit gedeckten und den Programmgrundsätzen nicht eindeutig widersprechende Positionen und Perspektiven erscheinen dennoch so unmoralisch oder inakzeptabel, dass wir sie in den Medien nicht sehen möchten? Kann es Bedingungen geben, unter denen Journalismus nicht vielfältig und ergebnisoffen zu einer unabhängigen Meinungsbildung beitragen, sondern die Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer „guten“ Sache in die „richtige“ Richtung lenken soll? Und wer entscheidet dann, welche Bedingungen das sind und was die „gute“ Sache ist? Hier geht es letztlich auch um die Frage, wie breit der Meinungskorridor ist, den wir als Gesellschaft bereit sind zu akzeptieren. Diese Frage kann in dieser Studie selbstverständlich nicht entschieden werden.

Drittens ist weitgehend unklar, wann die (optimale) Vielfalt der Berichterstattung erreicht ist. Grundsätzlich könnte man zwar argumentieren, dass es für eine vielfältige Berichterstattung ausreicht, wenn unterschiedliche Positionen überhaupt vorkommen, unabhängig davon, wie häufig dies jeweils der Fall ist. Da der Medienstaatsvertrag aber eine ausgewogene Darstellung unterschiedlicher Meinungen verlangt, stellt sich die Frage, was unter Ausgewogenheit zu verstehen ist. Nehmen wir an, es gibt in einem Konflikt zwei Positionen, die in der Gesellschaft oder unter Experten sehr ungleich verteilt sind. Ist Ausgewogenheit

dann gegeben, wenn beide Positionen in der Berichterstattung gleichermaßen repräsentiert sind, oder dann, wenn beide Positionen entsprechend ihrer (ungleichen) Verteilung in der Gesellschaft repräsentiert sind? Während hier eine der Realität widersprechende Gleichverteilung von Positionen in der Berichterstattung als so genannte False Balance kritisiert werden kann, kann man andersherum auch argumentieren, dass Nachrichtenmedien keine unabhängige Meinungsbildung ermöglichen, sondern gesellschaftliche Meinungsverteilungen zementieren, wenn sie überwiegend über die bereits bestehenden Mehrheitspositionen berichten. Auch diesen Widerspruch können wir hier nicht auflösen.

Da wir diese Punkte nicht abschließend entscheiden können, und wir zudem mit berechtigten Einwänden rechnen müssten, unabhängig davon, wie diese Entscheidung ggf. ausfallen würde, können und wollen wir in dieser Studie keine normativen Aussagen darüber treffen, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk absolut betrachtet vielfältig genug berichtet. Wir lösen dieses Problem einer gängigen Strategie folgend, indem wir die Vielfalt in der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der Vielfalt der Berichterstattung in einer großen Menge sehr unterschiedlicher privatwirtschaftlich organisierter Nachrichtenmedien vergleichen. **Wir untersuchen also die Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk inhaltlich vielfältiger berichtet als andere Nachrichtenmedien.** Dabei berücksichtigen wir, dass er dies aufgrund der besonderen Anforderungen an ihn prinzipiell tun müsste. Um dies möglichst umfassend zu prüfen, ziehen wir unterschiedliche Indikatoren für Vielfalt heran (Themenvielfalt, Akteursvielfalt, Perspektivenvielfalt).

3. UNTERSUCHUNGSANLAGE

Um unsere zentrale Forschungsfrage zu beantworten, haben wir eine **quantitative Inhaltsanalyse** der Politik-Berichterstattung von 9 öffentlich-rechtlichen Medienformaten und 38 privatwirtschaftlich organisierten Medien durchgeführt. Die quantitative Inhaltsanalyse ist eine Standardmethode der Kommunikationswissenschaft und dient dazu, möglichst objektive (intersubjektiv prüfbare) Aussagen über große Textmengen zu machen. Dabei werden vorab festgelegte Textmerkmale (Kategorien) mit Hilfe eines standardisierten Messinstruments (Codebuch) quantitativ erfasst und in statistisch analysierbare Daten umgewandelt.

Da wir die Vielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk über den Vergleich mit der Vielfalt in anderen Nachrichtenmedien analysieren wollen, kommt der **Auswahl der Medien und Formate** eine zentrale Bedeutung zu. Auf Seiten der öffentlich-rechtlichen Sender untersuchen wir besonders reichweitenstarke Nachrichtenformate in unterschiedlichen Mediengattungen: die Hauptnachrichtensendungen von ARD (*Tagesschau*, 20 Uhr) und ZDF (*heute*, 19:00) sowie ihre Webseiten (tagesschau.de, heute.de), reichweitenstarke Fernsehnachrichtensendungen unterschiedlicher ARD-Regionalsender (*BR-*, *MDR-*, *RBB-* und *WDR-Nachrichten* jeweils 21:45 Uhr) und die Hörfunknachrichten im *Deutschlandfunk* (20:00 Uhr).

Die privatwirtschaftlich organisierten Medien haben wir nach zwei unterschiedlichen Kriterien ausgewählt: Die meisten Medien haben wir aufgrund ihrer hohen Reichweite oder ihres Einflusses im Mediensystem („Leitmedien“) in die Untersuchung aufgenommen. Dazu gehören die reichweitenstärksten Fernsehnachrichtensendungen im privaten Rundfunk *RTL Aktuell* (18:45) und *SAT.1-Nachrichten* (19:55)/ab 19. Juni 2023 *newstime* (19:45), die sechs überregionalen Tageszeitungen *Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *tageszeitung (taz)*, *Handelsblatt* und *Bild*, die reichweitenstärksten Regionalzeitungen in jedem Bundesland sowie drei weitere Regionalzeitungen mit besonders hoher Reichweite, wobei wir zusätzlich darauf geachtet haben, dass unterschiedliche Verlagsgruppen repräsentiert sind (*Hamburger Morgenpost*, *Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)*, *Thüringer Allgemeine*, *Mitteldeutsche Zeitung*, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *General Anzeiger Bonn*, *Münchner Merkur*, *Allgemeine Zeitung Mainz*, *Augsburger Allgemeine*, *Tagespiegel*, *Berliner Zeitung*, *Rheinische Post*, *Kölner Stadt-Anzeiger*,

Stuttgarter Zeitung, *Nürnberger Nachrichten*, *Kieler Nachrichten*, *Saarbrücker Zeitung* und *Sächsische Zeitung*), reichweitenstarke Wochenzeitungen und Magazine (*Spiegel*, *Focus*, *Zeit*), sowie vier besonders reichweitenstarke Nachrichtenwebseiten (spiegel.de, ntv.de, t-online.de, web.de). Auch wenn man darüber im Detail möglicherweise streiten kann, gehen wir davon aus, dass wir hiermit im Großen und Ganzen die relevantesten und einflussreichsten deutschen Nachrichtenmedien außerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erfasst haben. Wir bezeichnen diese Medien im Folgenden als Vergleichsmedien.

Vier weitere Medien haben wir in die Untersuchung einbezogen, weil wir annehmen, dass diese den linken und rechten Rand des publizistischen Spektrums in Deutschland bilden: das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* (links) sowie die *Junge Freiheit* und *Tichys Einblick* (rechts). Aufgrund des einfacheren Zugangs haben wir hier jeweils die Online-Ausgaben dieser Medien untersucht. Die Medien wurden folglich nicht wegen ihrer Relevanz oder ihres Einflusses in die Untersuchung einbezogen, sondern sollen ausschließlich dazu dienen, die Ränder des Mediensystems abzustecken, sodass sich die anderen Nachrichtenmedien dort besser verorten lassen. Diese Medien bezeichnen wir im Folgenden als Extremmedien. In Analysen, in denen wir die Berichterstattung aller öffentlich-rechtlichen Formate zusammengefasst mit der Berichterstattung der privatwirtschaftlich organisierten Medien vergleichen, beziehen wir diese vier Extremmedien dementsprechend nicht ein.

Erfasst wurden alle Beiträge, die einen Bezug zur deutschen Politik auf mindestens der regionalen Ebene aufwiesen (zentrales Zugriffskriterium). Dazu zählt politische Inlandsberichterstattung sowie Auslandsberichterstattung, wenn Deutschland darin eine aktive politische Rolle spielt. Auch Beiträge, die sich mit Politik in den einzelnen Bundesländern beschäftigen (regionale Ebene), wurden codiert.

Der **Untersuchungszeitraum** umfasst die Monate April bis Juni 2023. Dabei geht es einerseits darum, einen längeren Zeitraum abzudecken, um die Wahrscheinlichkeit zu minimieren, dass einzelne Ereignisse und Themen die Berichterstattung dominieren. Wir haben zudem bewusst einen Zeitraum gewählt, der bei der Planung unserer Untersuchung noch in der Zukunft lag, sodass wir selbst nicht wissen konnten, welche thematische Struktur im Untersuchungszeitraum zu erwarten ist.

Angesichts der Menge zu untersuchender Medien und der Länge des Zeitraums haben wir anschließend eine **Stichprobe** aus allen im Untersuchungszeitraum erschienen Beiträgen gezogen. Dazu haben wir im Falle der täglich erscheinenden Medien zunächst systematisch jeweils zwei Untersuchungstage pro Woche ausgewählt (1. Woche: Montag, Donnerstag; 2. Woche: Dienstag, Freitag; usw.). An diesen Tagen wurden für jedes Medium zehn Beiträge, die unsere Zugriffskriterien (s.o.) erfüllen, zufällig für die Untersuchung ausgewählt. Insgesamt wurden pro Medium folglich 240 Beiträge untersucht (24 Berichterstattungstage mal 10 Beiträge). Im Falle der wöchentlich erscheinenden Medien wurden pro Ausgabe 20 zufällig ausgewählte Beiträge erfasst, sodass wir hier ebenfalls auf 240 untersuchte Beiträge pro Medium kommen.

In unserer Untersuchung verwenden wir unterschiedliche **Indikatoren für Vielfalt**, die jeweils auf Beitragsebene codiert wurden. Erstens haben wir die Vielfalt an Themen in der Berichterstattung erhoben. Dazu haben wir für jeden Medienbeitrag das zentrale Beitragsthema auf einer Liste von etwa 40 politischen Sachthemen (z. B. Innere Sicherheit, Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik usw.) erfasst. Zweitens haben wir die Vielfalt an Akteuren erhoben, wobei wir noch einmal danach unterschieden haben, ob ein Akteur im Beitrag nur erwähnt wurde oder selbst zu Wort kam (Sprecher). Pro Beitrag konnten in beiden Fällen aus einer Liste von etwa 150 Akteuren (z. B. Politiker und Politikerinnen, Organisationen, Bevölkerungsgruppen usw.) bis zu drei zentrale Akteure erfasst werden. Themen- und Akteursvielfalt können bereits als einfache Indikatoren für Perspektivenvielfalt betrachtet werden, weil die Relevanzzuschreibung an einzelne Themen in der Berichterstattung schon ein erster Hinweis auf eine bestimmte Weltsicht sein kann, und die Tatsache, dass bestimmte Akteure in einem Beitrag zu Wort kommen, die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass das Geschehen aus ihrer Perspektive dargestellt wird.

Darüber hinaus haben wir zwei Indikatoren erhoben, die direkt Perspektivenvielfalt messen: Zum einen haben wir für jeden der erfassten Akteure erhoben, wie er bewertet wurde. Dazu haben wir eine fünfstufige Skala (eindeutig positiv – eindeutig negativ) verwendet, wobei die Mitte als „ambivalent“ definiert war, sodass wir auch den Anteil an Beiträgen ausweisen können, die in sich vielfältig waren. Auf diese Weise können wir beispielsweise die Bewertung von Parteien und Politikern links und rechts der Mitte vergleichen. Zudem haben wir die Positionierung der Medienbeiträge entlang grundlegender gesellschaftlicher Konfliktlinien (Cleavages) erfasst. Dazu kann man aus der politikwissenschaftlichen Forschung zwei Haupt-Konfliktlinien ableiten, die die Gesellschaft grob in unterschiedliche Gruppen

spalten: 1) Den Konflikt zwischen Sozialstaatsorientierung und Marktorientierung: Hier geht es um die Präferenz für ein Gesellschaftsmodell, das entweder die Staatsverantwortung betont, oder für ein Modell, das auf die Eigenverantwortung der Individuen und die Gesetze des freien Marktes setzt. 2) Den Konflikt zwischen einer liberal-progressiven und einer konservativ-autoritären Grundhaltung: Hier geht es um die Präferenz für ein Gesellschaftsmodell, das entweder auf die freie Entfaltung der Individuen setzt, oder für ein Modell, das Tradition, Recht und Ordnung in den Vordergrund stellt. Für jeden Medienbeitrag haben wir die Positionierung entlang dieser beiden Konfliktlinien auf einer fünfstufigen Skala (z. B. eindeutig Marktorientierung – eindeutig Sozialstaatsorientierung) erfasst. Die Mitte war wiederum als „ambivalent“ definiert. Zudem konnte auch festgehalten werden, dass dieser Konflikt im Beitrag keine Rolle spielt. Zusammengenommen ergeben diese beiden Grundkonflikte eine im Vergleich zur einfachen Verortung eines Beitrags auf einer Rechts-Links-Skala elaboriertere und validere Messung der in einem Beitrag präsenten ideologischen Grundhaltung. Für unsere Codierung war es dabei unerheblich, ob die Positionierung im Grundkonflikt auf den Autor des Beitrags oder andere, im Beitrag zitierte Personen zurückzuführen war. Entscheidend war, welche Position im Beitrag insgesamt vermittelt wurde.

Die Analyse wurde zwischen Juni und Dezember 2023 von neun, über zwei Monate ausführlich geschulten Codierenden und Codierern am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz durchgeführt. Um zu überprüfen, wie gut die Codierenden das Messinstrument verstanden haben, haben wir vor Beginn der eigentlichen Analyse 50 Beiträge von allen neun codieren lassen. Die paarweise Übereinstimmung der Codierungen (**Intercoder-Reliabilität**) als Maß für die Qualität der Analyse erreichten durchweg sehr gute Werte zwischen .79 (Thema) und .91 (Akteure, Sozialstaatsorientierung vs. Marktorientierung).

4. BEFUNDE

4.1 Beitragsmenge

Erfasst wurden in den 47 untersuchten Medien insgesamt 9.389 Beiträge. Dies unterschreitet die aufgrund der Stichprobenziehung zu erwartende Zahl an Beiträgen (47 Medien x 24 Tage x 10 Beiträge = 11.280 Beiträge) und erklärt sich dadurch, dass nicht alle Medien an allen Untersuchungstagen zehn Beiträge enthielten, die unseren Zugriffskriterien entsprachen. Dies betrifft naturgemäß vor allem die in ihrer Länge stark begrenzten Fernseh- und Hörfunknachrichtensendungen und dort insbesondere die Nachrichten von *Sat.1* (insgesamt 83 Beiträge), *WDR* (91 Beiträge) und *RBB* (92 Beiträge) sowie des *Deutschlandfunks* (88 Beiträge).

4.2 Thematische Vielfalt

Um die thematische Vielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk übersichtlich darzustellen, haben wir zunächst die etwa 40 ursprünglich erfassten Themen zu acht thematischen Schwerpunkten zusammengefasst. Fasst man zunächst auch alle neun untersuchten öffentlich-rechtlichen Formate zusammen, zeigt sich, dass sich die mit Abstand meisten Beiträge im Untersuchungszeitraum mit dem Themenschwerpunkt Wirtschaft/Arbeit befassten (31%), darunter zu etwa einem Drittel Beiträge zum Unterthema Energiepolitik. Mit einigem Abstand folgten Sozialpolitik, Außenpolitik und Beiträge, die kein Sachthema behandelten, sondern einzelne Parteien oder Politiker in den Mittelpunkt stellten (jeweils 15%). Deutlich seltener kamen z. B. Themen wie Innere Sicherheit oder Kultur/Bildung vor (Tabelle 1).

Tabelle 1: Thematische Schwerpunkte in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien

Thema	ÖRR (%)	Vergleichsmedien (%)
Politik/Demokratie	15	17
Innere Sicherheit/Kriminalität	4	4
Außen/EU	15	12
Wirtschaft/Arbeit	31	32
Sozialpolitik, davon:	15	14
<i>Rentenpolitik</i>	0.3	0.7
<i>Familienpolitik</i>	0.8	0.7
<i>Migrationspolitik</i>	7	6
<i>Armuts politik</i>	0.7	0.9
Recht/Gleichstellung, davon:	10	8
<i>Gleichstellungspolitik</i>	1	1
Kultur/Bildung	4	5
Umwelt/Klima	7	8
Sonstige Themen	0.4	0.4

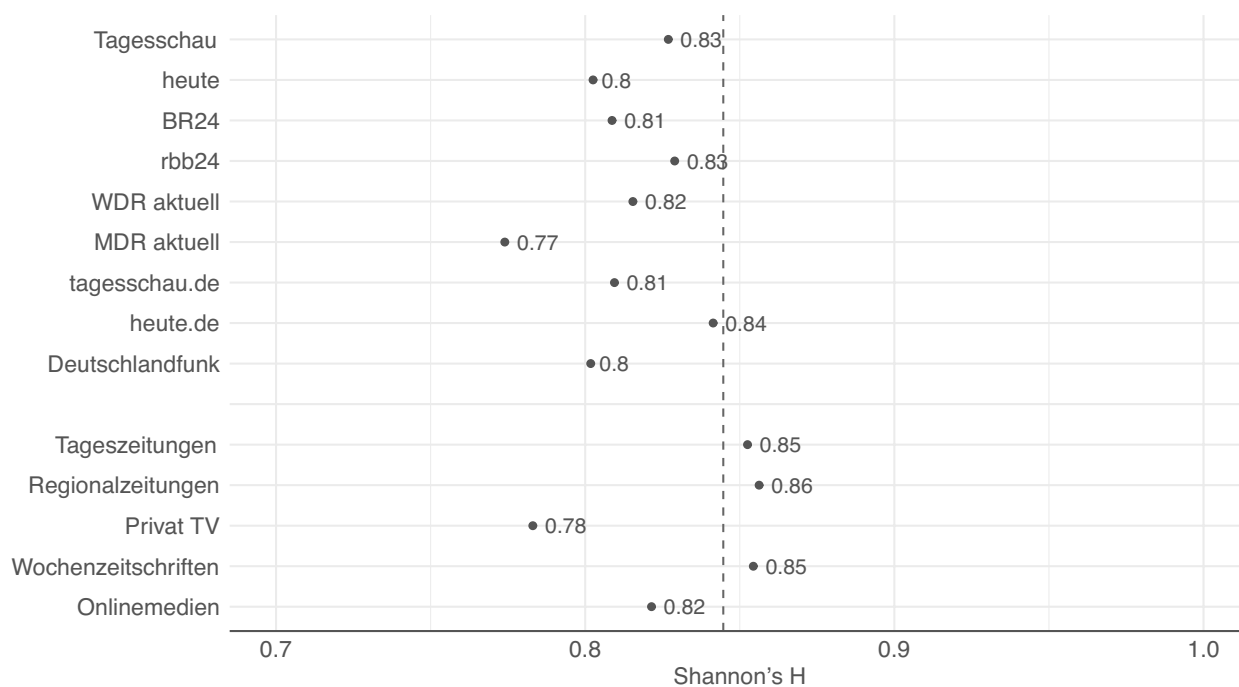
Betrachtet man die neun untersuchten Formate einzeln, zeigen sich nur wenige nennenswerte Unterschiede. Der Themenkomplex Wirtschaft/Arbeit dominierte in allen neun Formaten und schwankte zwischen 25% (*Heute-Nachrichten*) und 34% (*MDR-Nachrichten*). Während der Deutschlandfunk und die beiden Hauptnachrichtensendungen Tagesschau und heute einen relativ großen Anteil an außenpolitischen Nachrichten aufwiesen, berichteten die Regionalnachrichten häufiger über Sozialpolitik (*BR*, *WDR*, *MDR*) oder Parteien/Politiker (*RBB*). Der *RBB* wies zudem den mit Abstand höchsten Anteil an Umweltberichterstattung auf (12%). Vergleicht man die Berichterstattung der neun öffentlich-rechtlichen Formate mit dem Durchschnitt der 34 Vergleichsmedien, zeigen sich praktisch keine Unterschiede: Die Themenstruktur in den neun öffentlich-rechtlichen Formaten entsprach der Themenstruktur in den Vergleichsmedien nahezu exakt

Wie hoch die thematische Vielfalt der untersuchten Medien im Untersuchungszeitraum war, lässt sich sehr präzise mit so genannten Entropiemaßen (hier Shannon's H) ausdrücken. Diese reichen von 0 (keine Vielfalt) bis 1 (größtmögliche Vielfalt).

Wir führen diese Analysen hier für die neun öffentlich-rechtlichen Formate einzeln durch und weisen die 34 Vergleichsmedien in fünf Gruppen aus (überregionale Tageszeitungen, Regionalzeitungen, Wochenzeitungen, Fernsehnachrichten und Online-Nachrichtenmedien). Dieser Analyse liegen nun die 40 ursprünglich erfassten Themen zugrunde.

Dabei zeigt sich zunächst, dass die Themenvielfalt in allen untersuchten Medien relativ hoch war: Alle Medien bzw. Mediengruppen erreichen gute Werte zwischen 0.77 und 0.86. Unterschiede in der Themenvielfalt lassen sich vor allem durch das Format erklären: Print- und Onlinemedien wiesen durchweg eine höhere Vielfalt auf als Fernseh- und Hörfunk-Nachrichten, was sich vermutlich dadurch erklären lässt, dass sich letztere aufgrund der zeitlichen Beschränkung auf die Top-Themen des Tages konzentrieren müssen. Vergleicht man die thematische Vielfalt in öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehnachrichtensendungen, zeigt sich, dass die öffentlich-rechtlichen mit einer Ausnahme (*MDR*) vielfältiger berichteten als die Nachrichtensendungen von *RTL* und *Sat.1*. Die thematische Vielfalt auf *heute.de* war höher, die auf *tagesschau.de* etwas geringer als im Durchschnitt der vier Vergleichs-Nachrichtenwebseiten (Abbildung 1).

Abbildung 1: Themenvielfalt in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien



4.3 Akteursvielfalt

Die Akteursvielfalt in den von uns untersuchten Medien werden wir in zwei Schritten analysieren. Im ersten Schritt geht es darum, welche Akteure überhaupt in den untersuchten Medien erwähnt wurden bzw. zu Wort kamen. Um dies übersichtlich zu halten, fassen wir die etwa 150 erfassten Akteure in sechs Gruppen zusammen. Akteure, die hier von besonderem Interesse sind, z. B. Angehörige verschiedener Minderheiten und Organisationen, die ihre Interessen vertreten, weisen wir zusätzlich einzeln aus. Dabei berechnen wir jeweils den Anteil einer Akteursgruppe an allen Akteuren und stellen Akteuren, die nur erwähnt werden, Akteure gegenüber, die auch selbst zu Wort gekommen sind (Sprecher).

Aus dem Vergleich beider Verteilungen lässt sich ablesen, welche Akteure eher passiv dargestellt wurden und welche selbst

durch Zitate etc. einen gewissen Einfluss auf den Inhalt der Berichterstattung hatten. Wir vergleichen diese Verteilungen im ersten Schritt wieder für die 9 öffentlich-rechtlichen Formate und die 34 Vergleichsmedien zusammengekommen.

Die Analysen zeigen, dass die neun öffentlich-rechtlichen Formate mit weitem Abstand am häufigsten (55%) über deutsche politische Akteure berichtet haben, also über deutsche Politiker, Parteien, die Bundesregierung usw. Mit jeweils rund zehn Prozent folgen etwa gleichauf internationale politische Akteure, Interessenverbände, Wirtschaftakteure (z. B. Unternehmensvertreter) und die Bevölkerung im Allgemeinen. Unter den Interessenverbänden dominierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer- sowie mit Einschränkungen Umwelt- und Klimaschutzorganisationen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Erwähnte Akteure und Sprecher in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien

Gruppe	ÖRR		Vergleichsmedien	
	Akteure (%)	Sprecher (%)	Akteure (%)	Sprecher (%)
Deutsche Politik	55	56	57	58
Internat. Politik/Organisationen	12	4	9	4
Interessensverbände, davon:	10	11	10	14
<i>Menschenrechtsorganisationen</i>	0.1	0.2	0.2	0.4
<i>Seniorenorganisation</i>	0.0	0.1	0.0	0.0
<i>Familien und Kinder</i>	0.1	0.2	0.0	0.1
<i>Frauenverband</i>	-	-	0.0	0.1
<i>Migranten(selbst)organisationen</i>	0.1	0.1	0.0	0.1
<i>Umwelt- und Klimaorganisationen</i>	1.5	1.7	1.6	3
<i>Soziale Sicherung</i>	1	1.5	1	2
<i>Gewerkschaften/Arbeitgeberverbände</i>	5	5	5	7
Wirtschaft/Unternehmen	11	17	11	16
Bevölkerung, davon	12	13	12	8
<i>Alte Menschen</i>	0.3	0.1	0.4	0.1
<i>Kinder und Jugendliche</i>	1	0.8	2	0.3
<i>Sozial Benachteiligte</i>	0.2	-	0.3	0.0
<i>Familien</i>	0.4	0.1	0.4	0.1
<i>Migranten</i>	1	0.4	2	0.2
<i>Menschen mit Beeinträchtigung</i>	0.1	-	0.0	-
Sonstige	0.1	-	0.3	0.2

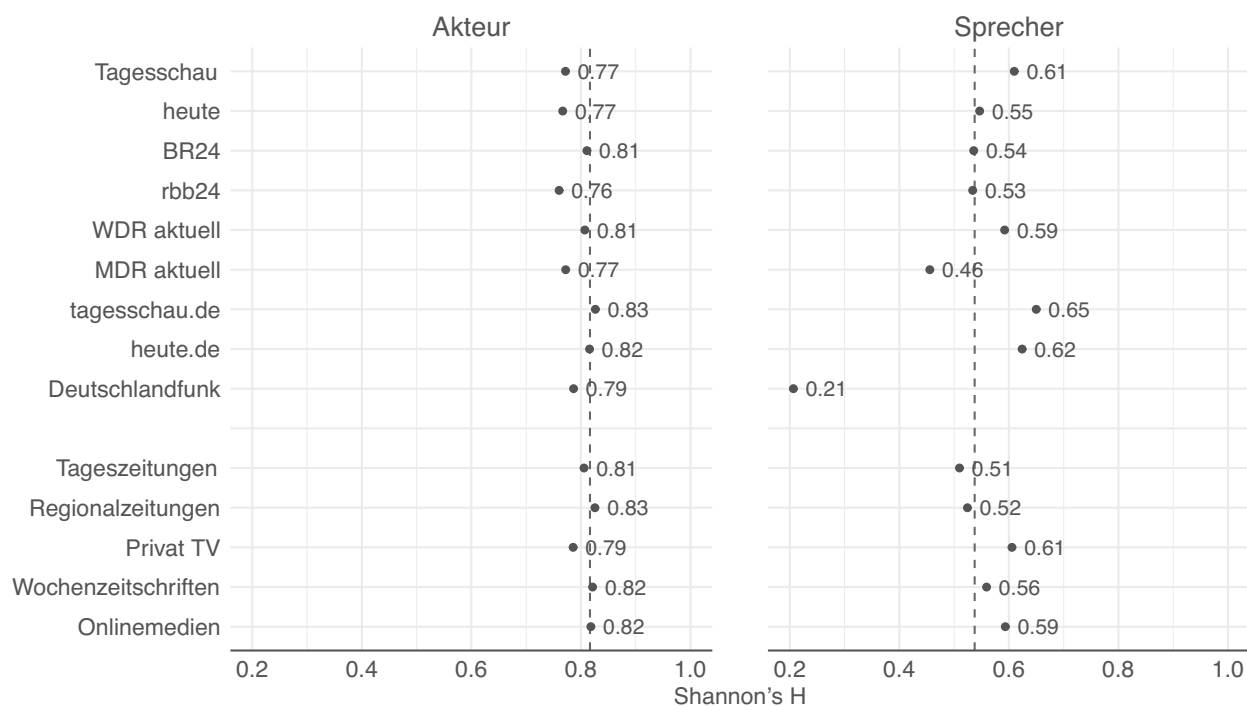
In Bezug auf die zu Wort kommenden Akteure (Sprecher) zeigt sich insgesamt ein sehr ähnliches Bild. Nur Wirtschaftsakteure kamen im Verhältnis zu ihrem Auftreten erkennbar überproportional zu Wort. Vor allem internationale Akteure waren dagegen deutlich seltener Sprecher als nur erwähnte Akteure. Die Verteilungen in den neun einzelnen Formaten wiesen dabei nur graduelle Unterschiede auf. So war der Anteil deutscher politischer Akteure in den Nachrichten des *Deutschlandfunks* besonders hoch – mehr als drei Viertel aller Sprecher waren hier deutsche politische Akteure. Bürgerinnen und Bürger kamen dagegen vor allem in den regionalen Fernsehnachrichtensendungen zu Wort.

Vergleicht man diese Verteilungen schließlich mit den entsprechenden Befunden für die 34 Vergleichsmedien, zeigen sich auch hier kaum Unterschiede. Es dominierten vielmehr weitgehend dieselben Akteure und Sprecher. Im Vergleich zu den öffentlich-rechtlichen Formaten kamen in den Vergleichsmedien allenfalls Bürger erkennbar seltener zu Wort. Insgesamt unterschied sich die Berichterstattung von öffentlich-rechtlichen und Vergleichsmedien in Bezug auf die allgemeine Akteursvielfalt aber kaum.

Auch für die Akteursvielfalt lässt sich wieder ein Entropie-Wert ausweisen, der die Vielfalt in den verschiedenen Medien direkt vergleichbar macht. Auch hier legen wir den Berechnungen nicht die zusammengefasste, sondern die ursprüngliche Liste von rund 150 Akteuren bzw. Sprechern zugrunde und weisen die Befunde für die neun öffentlich-rechtlichen Formate einzeln und für die 34 Vergleichsmedien in Gruppen aus.

Betrachtet man zunächst die Vielfalt der erwähnten Akteure, zeigen sich sehr ähnliche Befunde wie im Hinblick auf die Themenvielfalt: Alle Medien(-gruppen) weisen eine hohe Vielfalt zwischen 0.76 und 0.83 auf. Die Vielfalt war in den Print- und Online-Formaten etwas höher als in Fernseh- und Hörfunknachrichten. Ganz andere und deutlich stärker divergierende Befunde zeigen sich in Bezug auf die Sprecher. Hier liegen die Werte insgesamt deutlich niedriger, im Schnitt bei etwa 0.55. Während bei *Tagesschau*, *tagesschau.de* und *heute.de* noch relativ viele verschiedene Akteure zu Wort kamen, war die Vielfalt der Sprecher in den Nachrichten des *Deutschlandfunks* ausgesprochen gering. Wie bereits oben beschrieben, dominierten hier eindeutig deutsche politische Akteure (Abbildung 2).

Abbildung 2: Akteursvielfalt in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien



Im zweiten Analyseschritt wollen wir nun die Akteursgruppe näher betrachten, die im Untersuchungszeitraum mit Abstand am häufigsten vorkam und auch für unsere Analysen die größte Relevanz besitzt: die Gruppe der deutschen politischen Akteure. Hier geht es uns vor allem um die Frage, welche Parteien und Politiker in den von uns untersuchten Medien thematisiert wurden bzw. zu Wort kamen. Wir untersuchen die Vielfalt im Auftreten unterschiedlicher Parteien, weil wir annehmen, dass die Parteien für unterschiedliche Perspektiven auf die Gesellschaft stehen. Dazu betrachten wir die Berichterstattung über die sechs Bundestagsparteien und ihre jeweiligen Politikerinnen und Politiker zusammengefasst.

Zunächst vergleichen wir wieder die Parteienvielfalt in den neun öffentlich-rechtlichen Formaten mit der Parteienvielfalt in den 34 Vergleichsmedien. Die Analysen zeigen, dass in den öffentlich-rechtlichen Formaten vor allem über die SPD (33%) und die Grünen (29%) berichtet wurde. Mit einigem Abstand folgte die CDU/CSU als größte Oppositionspartei (19%) und die FDP (12%). Über AfD und Linkspartei wurde dagegen kaum berichtet. Insgesamt wurde folglich fast dreimal so häufig über die Regierungsparteien wie über die Oppositionsparteien berichtet (siehe Tabelle 3). Diese

Unausgewogenheit lässt sich allerdings auch dadurch erklären, dass diese Parteien durch ihr alltägliches Regierungshandeln deutlich eher in für die Medien berichtenswerte Ereignisse verwickelt sind.

Die entsprechende Verteilung der zu Wort kommenden Akteure (Sprecher) fiel dagegen weit weniger unterschiedlich aus. Trotz ihrer Rolle als Oppositionspartei kamen CDU/CSU-Akteure in den öffentlich-rechtlichen Formaten in etwa gleichermaßen oft zu Wort wie Vertreter der beiden Regierungsparteien SPD und Grüne.

Beziehen wir schließlich die 34 Vergleichsmedien ein, zeigt sich zum einen, dass die Verteilung der erwähnten Akteure in den Vergleichsmedien der Verteilung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk fast exakt entsprach. Auch hier herrschte folglich ein deutliches Übergewicht an Akteuren der Regierungsparteien mit einer dominierenden Rolle der SPD. Allerdings galt dies in den Vergleichsmedien in ähnlicher Weise auch für die Sprecher. Während im öffentlich-rechtlichen Rundfunk folglich zumindest eine weitgehende Gleichverteilung der Stimmen aus SPD, Grünen und Union herrschte, traf dies in den privatwirtschaftlich organisierten Vergleichsmedien nicht im selben Maße zu.

Tabelle 3: Erwähnte und zu Wort kommende Parteien in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien

Partei	ÖRR		Vergleichsmedien	
	Akteure (%)	Sprecher (%)	Akteure (%)	Sprecher (%)
SPD	33	30	31	32
Grüne	28	26	25	24
FDP	12	13	14	14
CDU/CSU	19	26	21	24
Linke	3	4	3	4
AfD	5	3	5	2

Auch die Parteilenvielfalt lässt sich wiederum übersichtlich in Form des Entropie-Wertes ausdrücken. Auch hier zeigen sich in Bezug auf die erwähnten Akteure zunächst durchweg hohe Werte in allen Medien(-gruppen). Die Werte bewegen sich hier zwischen 0.79 im *RBB* und außergewöhnlich hohen 0.93 in den *MDR-Nachrichten*. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass die *MDR-Nachrichten* von allen Formaten mit Abstand am häufigsten über die in den ostdeutschen Bundesländern besonders starken Linkspartei und AfD berichtet haben. Von diesen Ausnahmen abgesehen unterschied sich die Vielfalt der in den öffentlich-rechtlichen Formaten erwähnten Parteien kaum von der Vielfalt in den Vergleichsmedien.

Etwas größer waren wiederum die Unterschiede in Bezug auf die in den Medien(-gruppen) zu Wort kommenden Akteure. Die Werte schwankten hier zwischen 0.74 und 0.88. Vergleichsweise niedrig war die Vielfalt der Sprecher in den Nachrichten des *Deutschlandfunks*, weil dort an allen Untersuchungstagen weder Vertreter der Linkspartei, noch der AfD zu Wort kamen. Die Nachrichten des *RBB* ließen weit überwiegend Vertreter von SPD und CDU zu Wort kommen (74% aller Partei-Sprecher), sodass der Vielfaltswert hier auch vergleichsweise gering ausfiel. Besonders vielfältig waren die Sprecher dagegen auf *tagesschau.de*, *heute.de* und den vier Online-Vergleichsmedien (Abbildung 3).

4.4 Bewertung politischer Akteure

In diesem Abschnitt untersuchen wir die wertende Darstellung der in den Beiträgen vorkommenden Akteure. Dabei fokussieren wir uns wiederum auf die mit Abstand am häufigsten erwähnten Akteure, die sechs Bundestagsparteien und ihre jeweiligen Politiker. Wir gehen dabei wieder davon aus, dass die sechs Parteien für unterschiedliche Perspektiven auf die Gesellschaft stehen, und prüfen jetzt, wie diese von den 9 öffentlich-rechtlichen und den 34 Vergleichsmedien bewertet wurden. Die Bewertung haben wir ursprünglich auf einer fünfstufigen Skala (eindeutig positiv – eindeutig negativ) erfasst. Für diese Analysen fassen wir diese Skala zu drei Stufen zusammen (positiv, ambivalent, negativ). Der Übersichtlichkeit halber betrachten wir auch hier die Parteien und ihre Politiker gemeinsam.

Vergleicht man zunächst die Bewertung der Parteien in den 9 öffentlich-rechtlichen und den 34 Vergleichsmedien zusammengefasst, fällt auf, dass alle Parteien in beiden Medien-gruppen überwiegend negativ bewertet wurden (Abbildung 4). Unterschiede zeigen sich folglich allenfalls im Ausmaß negativer Bewertungen. Die neun öffentlich-rechtlichen Formate bewerteten die SPD im Saldo aus positiven und negativen Beiträgen noch relativ ausgewogen (-3%) und damit deutlich weniger negativ als Union (-27%), Grüne (-29%) und FDP (-38%).

Abbildung 3: Parteilenvielfalt in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien

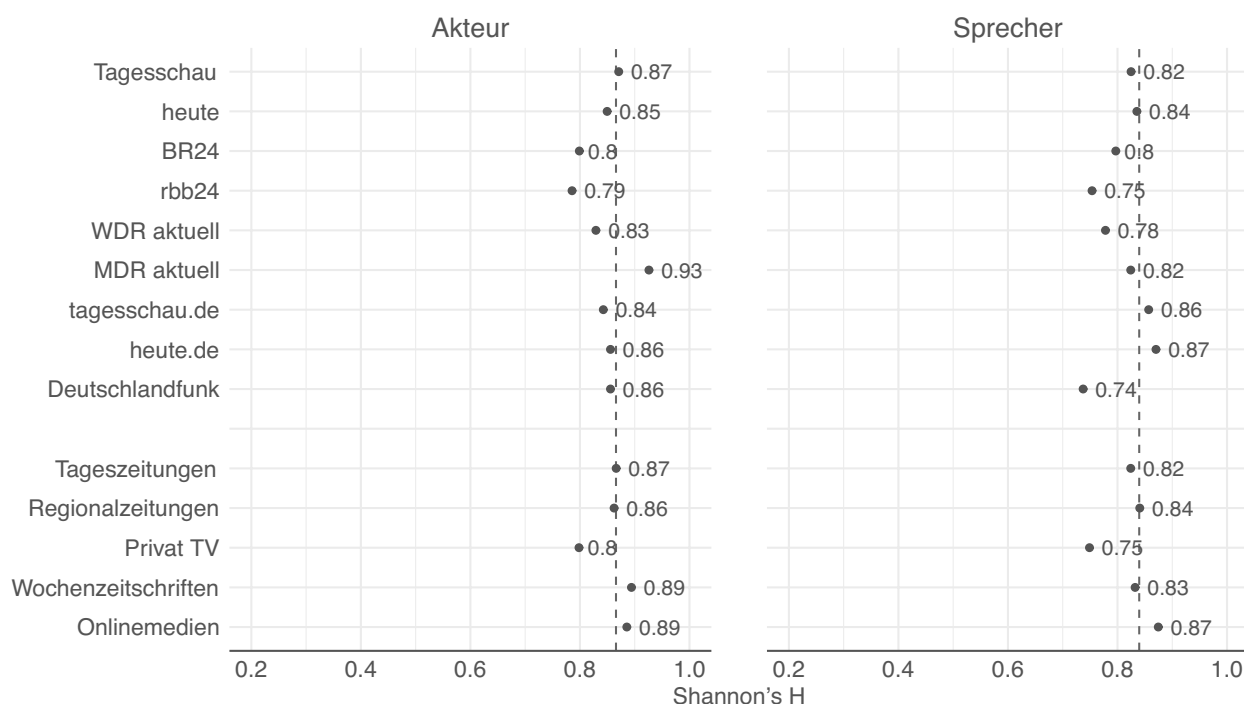
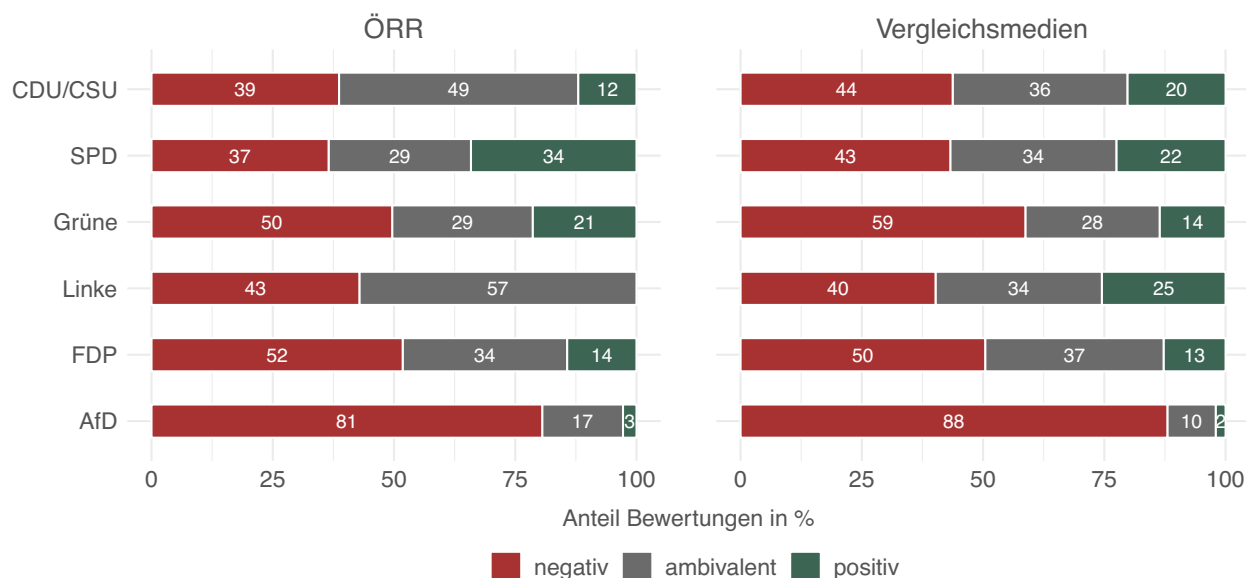


Abbildung 4: Wertende Darstellung von Parteien in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien



Am negativsten wurden die beiden Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums bewertet. In den 34 Vergleichsmedien wurden vor allem die SPD (-21%) und die Grünen (-45%) deutlich negativer bewertet als in den öffentlich-rechtlichen Formaten. Etwas überraschend war die Partei, die in den Vergleichsmedien am wenigsten negativ bewertet wurde, die Linkspartei (-15%). Dieser Wert basiert allerdings auf vergleichsweise geringen Fallzahlen, weil die Partei relativ selten vorkam (siehe dazu Tabelle 3).

Betrachtet man die neun öffentlich-rechtlichen Formate einzeln, zeigt sich, dass die vergleichsweise positive Berichterstattung über die SPD vor allem auf drei Formate zurückzuführen war: die *Heute-Nachrichten* sowie *heute.de* und *tagesschau.de*. In allen drei Formaten überwogen die positiven die negativen Bewertungen der SPD mit einem Saldo zwischen 6 und 17 Prozent.

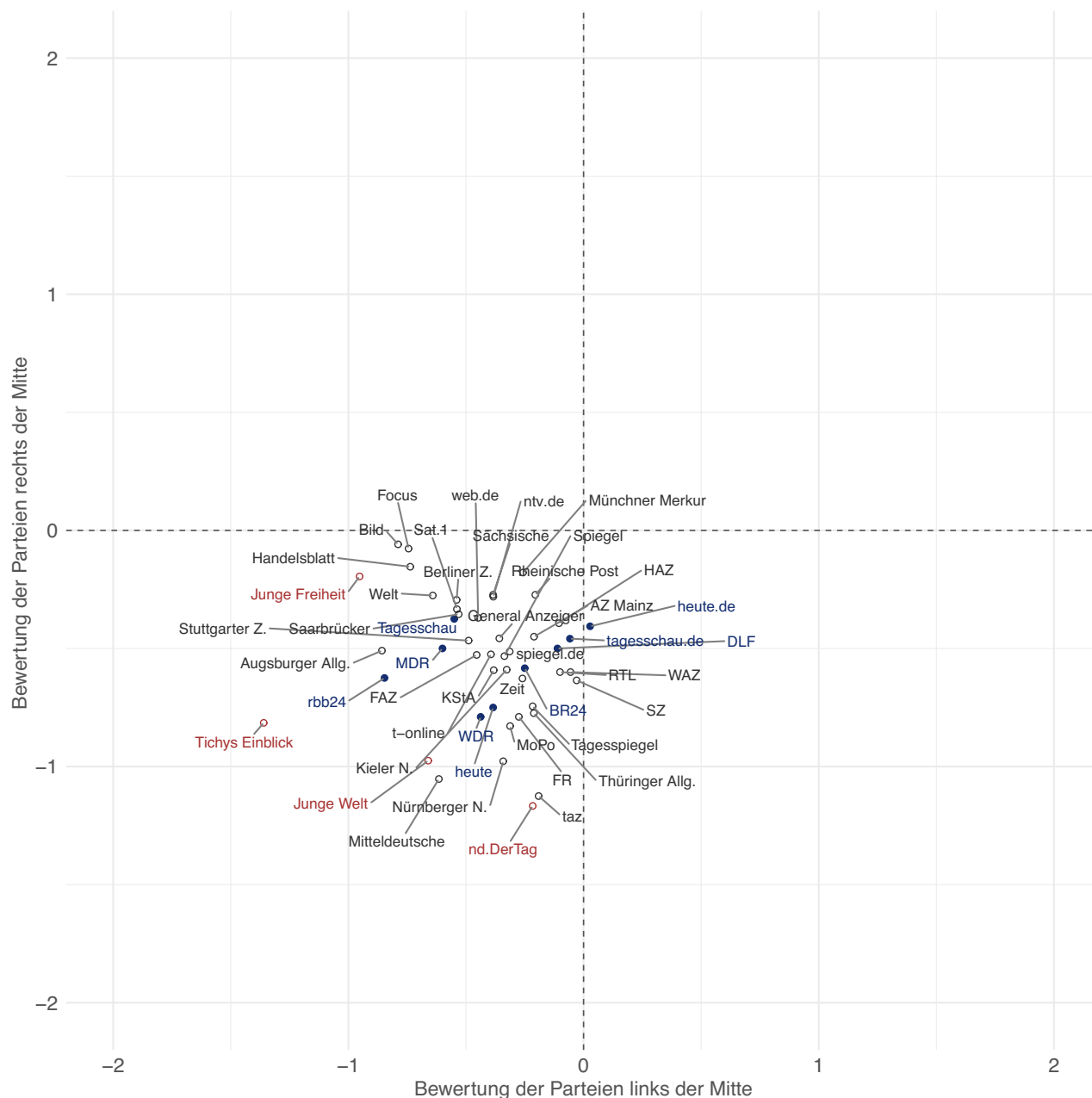
Vergleicht man schließlich Regierungs- und Oppositionsparteien zusammengefasst, zeigt sich, dass die drei Regierungsparteien (-19%) in den öffentlich-rechtlichen Formaten insgesamt deutlich weniger negativ dargestellt wurden als die drei Oppositionsparteien (-43%). In den Vergleichsmedien zeigt sich dieser Unterschied dagegen nur marginal (-34% vs. -38%). Zugleich war der Anteil ambivalenter, also in sich ausgewogener Beiträge in Bezug auf alle drei Oppositionsparteien in den

öffentlich-rechtlichen Formaten deutlich höher als in den Vergleichsmedien. In Bezug auf die drei Regierungsparteien galt dies allerdings nicht.

Abschließend wollen wir die Darstellung der Parteien in allen 47 untersuchten Medien einzeln betrachten. Dazu berechnen wir Mittelwerte der Darstellung zusammengefasst für alle Parteien links der Mitte (SPD, Grüne, Linke) und zusammengefasst für alle Parteien rechts der Mitte (Union, FDP, AfD). Diese Werte tragen wir in einem Koordinatensystem mit zwei Achsen ab: der mittleren Darstellung eher linker Parteien (horizontale Achse) und der mittleren Darstellung eher rechter Parteien (vertikale Achse). Basis ist hier die ursprüngliche fünfstufige Skala zur Messung der Akteursbewertung.

Parteien rechts der Mitte insgesamt deutlich weniger negativ als über die Parteien links der Mitte. Dies traf z. B. auf das *Handelsblatt*, die *Bild*, den *Focus* und die *Junge Freiheit* zu. Schließlich gab es auch eine Reihe von Medien, die umgekehrt über die Parteien links der Mitte deutlich weniger negativ berichteten als über die Parteien rechts der Mitte. Hierbei handelte es sich z. B. um die *taz*, das *Neue Deutschland*, den *Tagesspiegel*, die *Frankfurter Rundschau*, die *Süddeutsche Zeitung* und *RTL Aktuell* (Abbildung 5).

Abbildung 5: Wertende Darstellung der Parteien links und rechts der Mitte in den 47 untersuchten Medien



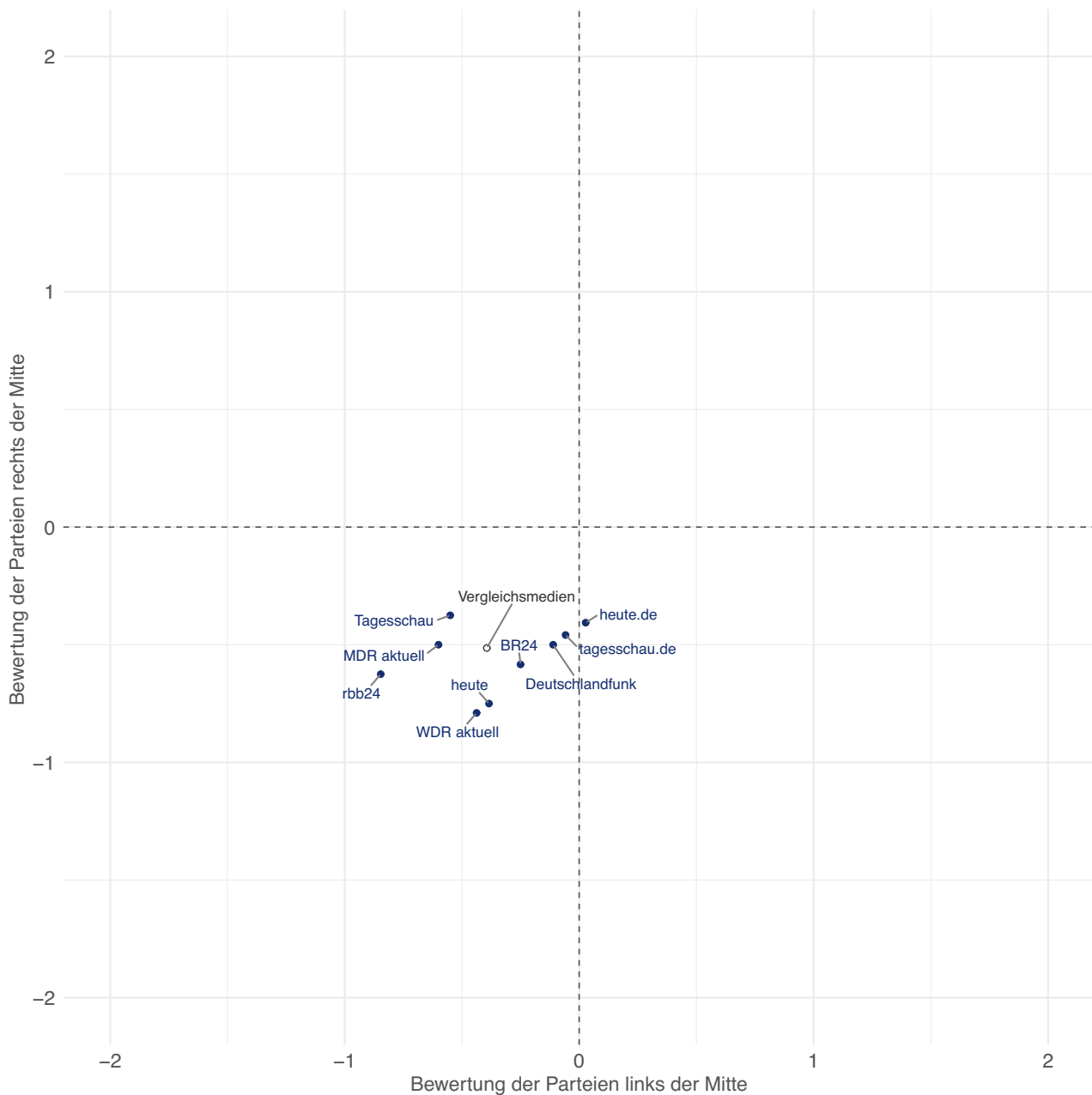
Die Analysen zeigen noch einmal sehr eindrucksvoll, wie deutlich überwiegend negativ die Berichterstattung über Parteien und ihre Politiker in den untersuchten Medienformaten im Untersuchungszeitraum war: Fast alle 47 von uns untersuchten Medien haben sowohl Parteien links der Mitte als auch Parteien rechts der Mitte im Schnitt überwiegend negativ bewertet und finden sich folglich im linken unteren Quadranten von Abbildung 5 wieder. Nur *heute.de* stellte die Parteien links der Mitte im Schnitt minimal positiv dar.

Allerdings lassen sich Unterschiede im Ausmaß der Negativität und in der Links-Rechts-Positionierung der Medien erkennen. So stellten einige Medien beide politischen Lager gleichermaßen nur leicht negativ dar. Dies galt insbesondere für den *Münchner Merkur*. Andere Medien stellten beide politischen Lager gleichermaßen stark negativ dar.

Wenn wir im nächsten Schritt den Fokus noch stärker auf die neun öffentlich-rechtlichen Formate legen und diese dem Durchschnitt der 34 Vergleichsmedien gegenüberstellen, wird deutlich, dass sich die öffentlich-rechtlichen Formate relativ gleichmäßig um den Mittelwert der Vergleichsmedien gruppieren. Die Tagesschau und die Regionalnachrichten von RBB und MDR kritisierten die Parteien rechts der Mitte etwas weniger stark als die Parteien links davon. In den sechs anderen Formaten war es umgekehrt. Insgesamt fallen diese Unterschiede aber nicht sehr deutlich aus (Abbildung 6).

Wir haben abschließend alle Analysen zur Parteiendarstellung auch noch einmal ohne die AfD durchgeführt, um auszuschließen, dass die negativen Bewertungen der Opposition bzw. des eher konservativen Lagers maßgeblich auf die Darstellung der AfD zurückzuführen sind. Die Befunde ändern sich in diesem Fall allerdings kaum, weil die AfD verglichen mit den beiden anderen eher konservativen Parteien nur relativ selten in den Beiträgen vorkam und folglich keinen großen Einfluss auf die Gesamtwerte nimmt (siehe dazu auch Tabelle 3).

Abbildung 6: Wertende Darstellung der Parteien links und rechts der Mitte in öffentlichen-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien



4.5 Positionierung anhand von gesellschaftlichen Konfliktlinien

Weil die Berichterstattung über Parteien vermutlich auch stark von der Ereignislage und den aktuellen Regierungskonstellationen abhängig ist, haben wir abschließend die mediale Positionierung entlang von zwei grundlegenden gesellschaftlichen Konfliktlinien erfasst: 1) dem Konflikt zwischen Sozialstaatsorientierung und Marktliberalität (z. B. Sozialleistungen erhöhen vs. wirtschaftliche Anreize setzen) und 2) dem Konflikt zwischen einer liberal-progressiven und einer konservativ-autoritären Grundhaltung (z. B. individuelle Freiheiten vs. Durchsetzung von Recht und Ordnung). Welche Grundhaltung in einem Medienbeitrag eingenommen wurde, haben wir auf zwei getrennten, jeweils fünfstufigen Skalen gemessen. Dabei war es für unsere Codierung unerheblich, wer diese Grundhaltung im Beitrag als vorrangig darstellte (z. B. der Beitragsautor oder im Beitrag zitierte Akteure). Insgesamt waren in etwa einem Fünftel bis einem Viertel aller Beiträge solche grundlegenden Positionierungen erkennbar. Sie traten in längeren Formaten (Print- und Online-Medien) etwas häufiger auf als in kürzeren Formaten (Fernseh- und Radionachrichten).

Im ersten Schritt vergleichen wir wieder die Verteilung der Positionierung in den 9 öffentlich-rechtlichen Medien mit der Positionierung in den 34 Vergleichsmedien. Der Übersichtlichkeit halber fassen wir die ursprünglichen Skalen hier wieder in dreistufige zusammen. Dabei zeigt sich zunächst, dass die Beiträge in den neun öffentlich-rechtlichen Formaten im Schnitt eine leichte bis mittlere Präferenz für eine Sozialstaatsorientierung aufwiesen. Zwischen den verschiedenen öffentlich-rechtlichen Formaten zeigten sich hier aber durchaus größere Unterschiede. Während die Beiträge in den *WDR*- und *RBB*-Nachrichten deutlich überwiegend die Perspektive der Sozialstaatsorientierung einnahmen (je 76%), hielten sich Sozialstaats- und Marktorientierung in den Nachrichten des *Deutschlandfunks* fast die Waage. Die meisten in sich ausgewogenen Beiträge (30%) brachte hier *heute.de*. Die Positionierung zugunsten einer Sozialstaatsorientierung war in den neun öffentlich-rechtlichen Formaten im Schnitt etwas, aber nicht deutlich stärker ausgeprägt als in den 34 Vergleichsmedien (Abbildung 7).

Abbildung 7: Ideologische Grundpositionierung: Sozialstaats- vs. Marktorientierung

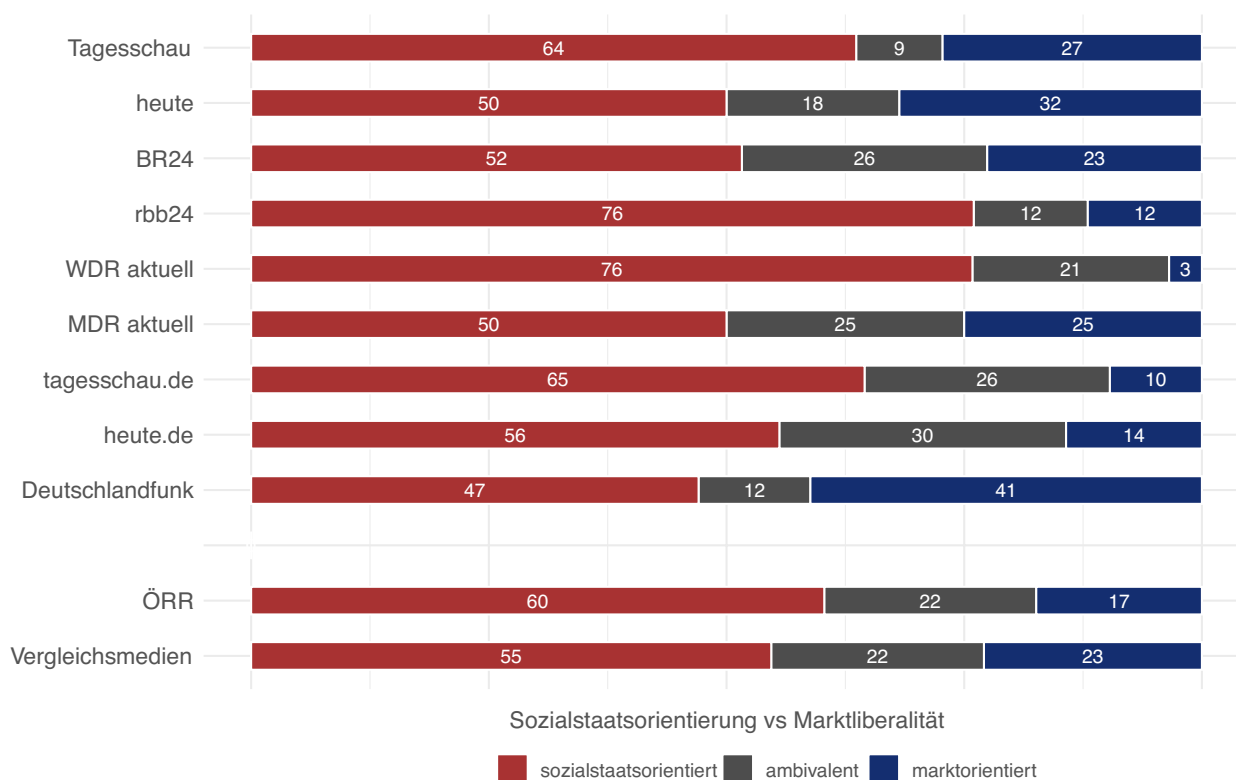
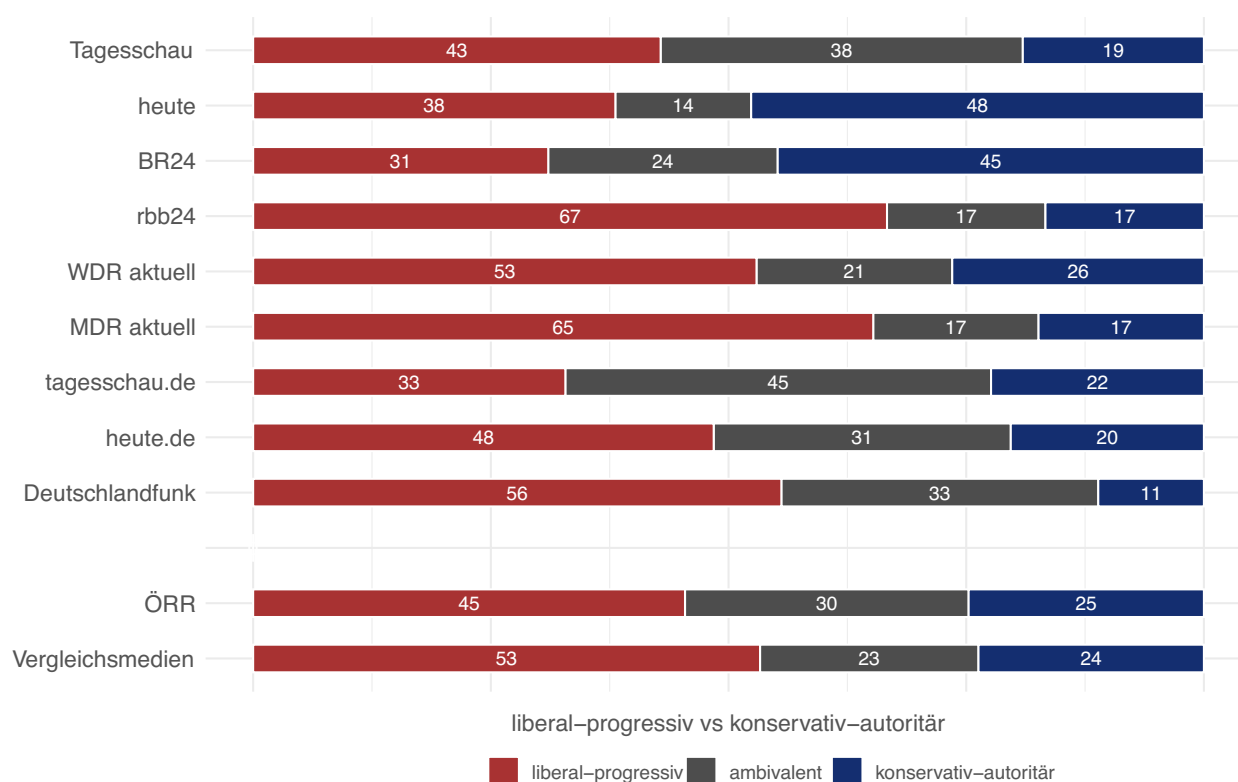


Abbildung 8: Ideologische Grundpositionierung: liberal-progressiv vs. konservativ-autoritär



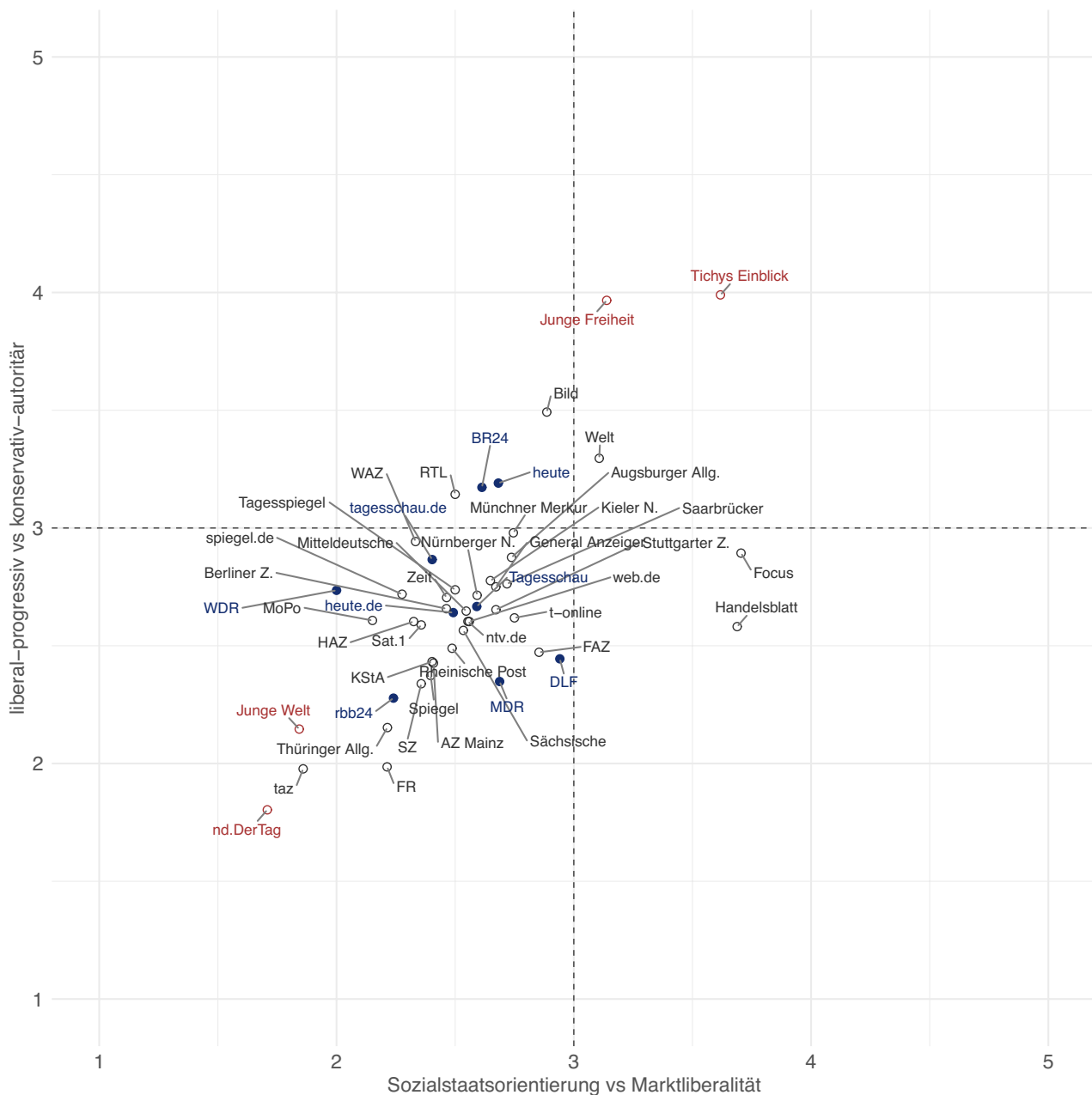
Etwas weniger eindeutig fällt die Verteilung bei der liberal-progressiven vs. konservativ-autoritären Positionierung aus. Auch hier überwog in den öffentlich-rechtlichen Formaten im Schnitt die liberal-progressive Perspektive. Dies galt vor allem in den Regionalnachrichten von MDR und RBB. Zugleich überwog in der Berichterstattung der *Heute-Nachrichten* und der Regionalnachrichten des BR aber eine konservative Grundhaltung. Die meisten in sich ausgewogenen Beiträge erschienen hier auf *tagesschau.de* (45%). Die liberal-progressive Grundhaltung war in den öffentlich-rechtlichen Formaten im Schnitt etwas weniger dominant als in den 34 Vergleichsmedien (Abbildung 8).

Wir wollen die Positionierung aller 47 von uns untersuchten Medien in einem Koordinatensystem darstellen. Auf der horizontalen Achse ist dabei die Sozialstaats- vs. Marktorientierung abgetragen, auf der vertikalen Achse die Positionierung als liberal-progressiv vs. konservativ-autoritär. Abgetragen ist jeweils der Mittelwert auf der ursprünglichen fünfstufigen Skala.

Die Analysen zeigen auch hier, dass sich die meisten Medien im linken unteren Quadranten einsortieren (Abbildung 9). Sie berichteten also eher mit einer Präferenz für Sozialstaatsorientierung und einer liberal-progressiven Grundhaltung. Der überwiegende Teil der Medien gruppiert sich dabei allerdings

unweit des Skalenmittelpunkts, während die Extrempositionen des Koordinatensystems fast komplett unbesetzt sind. Ausnahmen sind das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt*, also die beiden Medien, die wir auch am linken Rand des politischen Spektrums erwartet hatten und von allen am weitesten von einer vielfältigen und ausgewogenen Berichterstattung entfernt sind. Sehr ähnlich berichteten auch die *taz* und die *Frankfurter Rundschau*. Am anderen Ende des Spektrums, also einer Kombination aus Marktliberalität und konservativ-autoritärer Grundhaltung, befinden sich wie ebenfalls erwartet *Tichys Einblick* und die *Junge Freiheit*, deren Beiträge allerdings deutlich weniger eindeutig marktliberale Positionen enthielten. In diesem Quadranten befindet sich zudem die *Welt*, die allerdings sehr nahe am Skalenmittelpunkt liegt, sodass sie gemeinsam mit dem *Münchner Merkur* und der *Augsburger Allgemeinen* zu den Medien gehörte, die insgesamt am ausgewogensten berichtete. Nur im *Handelsblatt* und im *Focus* dominierte eine Marktorientierung verbunden mit progressiv-liberaler Grundhaltung, wobei letzterer allerdings nur ganz knapp im progressiven Bereich landete. Einige wenige Medien verbanden zudem eine eher konservative Grundhaltung mit einer leichten Sozialstaatsorientierung. Neben *Bild* und *RTL Aktuell* galt dies auch für die *Heute-Nachrichten* und die Regionalnachrichten des BR.

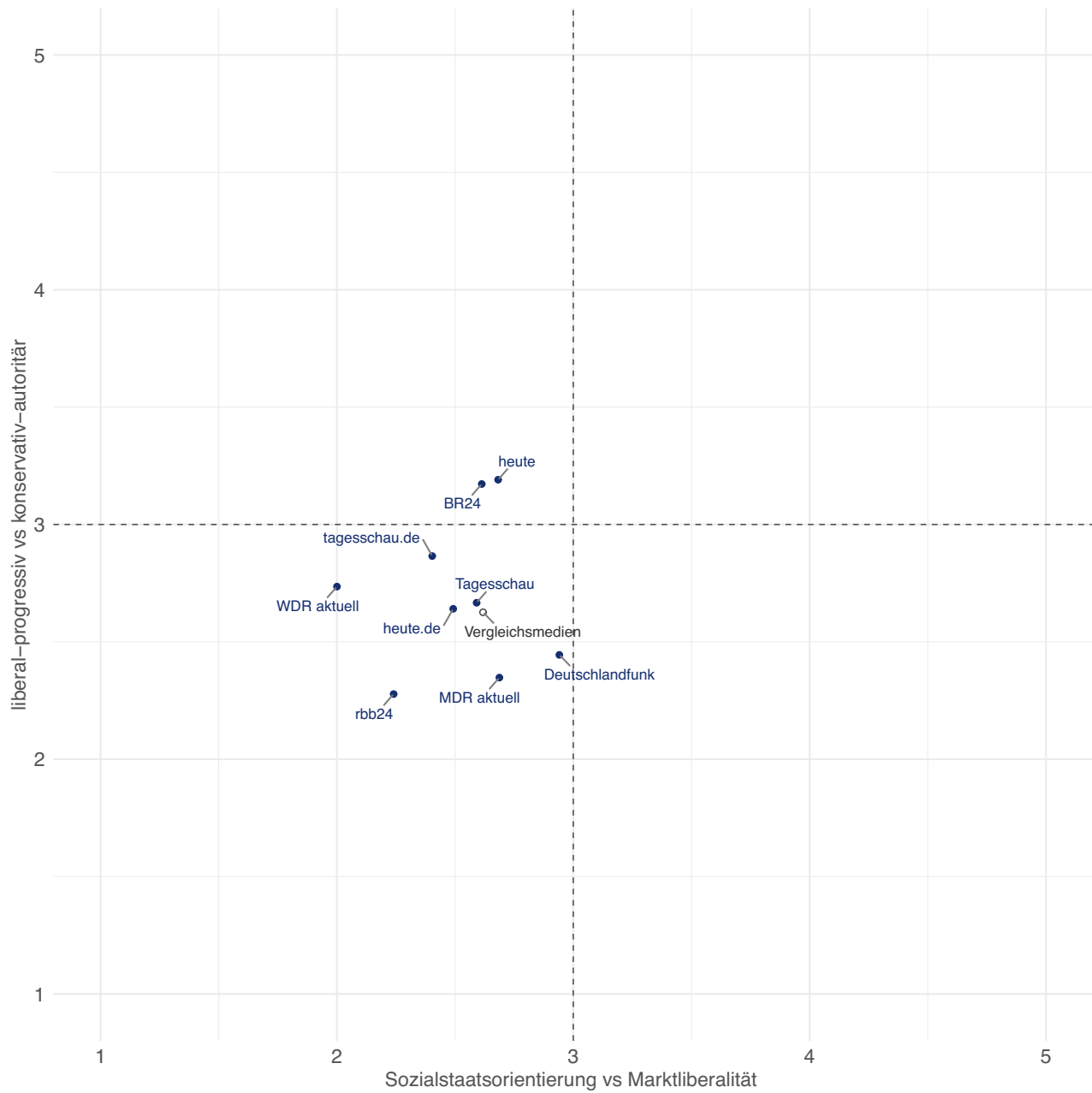
Abbildung 9: Ideologische Grundpositionierung in den 47 untersuchten Medien



Abschließend wollen wir auch hier noch einmal genauer auf die neun öffentlich-rechtlichen Formate schauen. In Abbildung 10 wird erkennbar, wie diese sich um den Durchschnitt der 34 Vergleichsmedien gruppieren. Sieht man von den schon thematisierten *Heute-* und *BR-Nachrichten* ab, befinden sich die übrigen sieben untersuchten öffentlich-rechtlichen Formate im Quadranten, der die Präferenz für Sozialstaatsorientierung mit einer liberal-progressiven Grundhaltung kombiniert. Tagesschau und heute.de berichteten fast exakt so, wie die 34

Vergleichsmedien im Durchschnitt. Die Regionalnachrichten des WDR positionierten sich am deutlichsten auf der Seite der Sozialstaatsorientierung. Der *Deutschlandfunk* hatte zwar eine klar liberal-progressive Ausrichtung, positionierte sich aber fast exakt auf der Mitte zwischen Sozialstaats- und Marktorientierung. Insgesamt bewegten sich die öffentlich-rechtlichen Formate aber wiederum durchweg relativ nahe am Mittelpunkt der 34 Vergleichsmedien.

Abbildung 10: Ideologische Grundpositionierung in den öffentlich-rechtlichen Formaten und den Vergleichsmedien



5. ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION

Nachrichtenmedien im Allgemeinen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Besonderen erfüllen eine wichtige Funktion für die politische Meinungsbildung. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich aufgrund einer vielfältigen und ausgewogenen Berichterstattung eine unabhängige Meinung über gesellschaftliche Streitfragen bilden können. Dies unterscheidet den Journalismus und insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von einer Vielzahl anderer Informationsquellen wie Parteien, Interessengruppen und Privatpersonen, die ebenfalls politische Informationen verbreiten, die vor allem online frei verfügbar von jedem genutzt werden können. Die Legitimation des Journalismus als bestmögliche Informationsquelle basiert folglich auch darauf, dass er Qualitätskriterien erfüllt, die für andere nicht gelten. Ob er diese Qualitätskriterien tatsächlich erfüllt, ist folglich eine wichtige Frage.

Wir haben dies für zwei dieser Qualitätskriterien, Vielfalt und Ausgewogenheit der Berichterstattung in einem Zeitraum von drei Monaten (April bis Juni 2023) für neun öffentlich-rechtliche Nachrichtenformate untersucht und deren Berichterstattung mit 34 privatwirtschaftlich organisierten Leitmedien (Fernsehnachrichten, überregionale Tageszeitungen, Wochenmagazine und Nachrichtenwebseiten) und auflagenstarken Regionalzeitungen verglichen. Darüber hinaus haben wir vier Medien untersucht, von denen wir angenommen haben, dass sie den linken und rechten Rand des publizistischen Spektrums bilden (Extremmedien). Vielfalt und Ausgewogenheit in der Berichterstattung dieser Medien haben wir anhand von vier verschiedenen Indikatoren untersucht: den Berichterstattungsthemen (Themenvielfalt), den erwähnten und zu Wort kommenden Akteuren (Akteursvielfalt) sowie der Bewertung von politischen Akteuren und der Positionierung entlang grundlegender gesellschaftlicher Konfliktlinien (Perspektivenvielfalt).

Fasst man die Befunde noch einmal sehr knapp zusammen, kann man festhalten, dass sowohl die **Themenvielfalt** als auch die **Akteursvielfalt** in den neun untersuchten öffentlich-rechtlichen Formaten durchweg hoch war. Natürlich wurden einige Themen deutlich häufiger behandelt als andere. Und vor allem den sehr deutlichen Sichtbarkeitsvorsprung der Regierung gegenüber den Oppositionsparteien kann man auch kritisch sehen.

Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Formate entsprach in dieser Hinsicht aber nahezu exakt der durchschnittlichen Berichterstattung der 34 Vergleichsmedien. Dies ist auch nicht erstaunlich, weil öffentlich-rechtliche wie private Medien letztlich derselben journalistischen Logik folgen. Die tagesaktuelle Berichterstattung von Nachrichtenmedien ist ereignisgetrieben, und die Ereignislage führt mehr oder weniger automatisch dazu, dass bestimmte Themen und Akteure stärker in den Fokus geraten als andere. Nachrichtenjournalisten haben ein weitgehend identisches, durch ihre Ausbildung geprägtes Verständnis davon, welche Ereignisse und Akteure so wichtig sind, dass über sie berichtet werden muss. Dementsprechend gleicht sich die Berichterstattung verschiedener Nachrichtenmedien in Bezug auf Themen und Akteure zwangsläufig, und die geringen Unterschiede lassen sich im Wesentlichen darauf zurückführen, dass in bestimmten Formaten (Print- und Online-Medien) mehr Raum zur Verfügung steht als in anderen (Fernseh- und Radionachrichten). Allerdings kann man in der Berichterstattung über ein und dasselbe Thema durchaus auch mehr oder weniger stark unterschiedliche Akteure selbst zu Wort kommen lassen. Die öffentlich-rechtlichen Formate lassen dabei zumindest einfache Bürger und die aktuellen Oppositionsparteien im Verhältnis häufiger zu Wort kommen als die Vergleichsmedien und berichten in dieser Hinsicht folglich etwas vielfältiger.

In Bezug auf die **Perspektivenvielfalt** zeigen sich zwei bemerkenswerte grundsätzliche Befunde. Zum einen fiel die wertende Darstellung politischer Akteure (hier die Darstellung von Parteien und Politikern) in den öffentlich-rechtlichen Formaten bei weitem überwiegend negativ aus. In fast jedem der neun öffentlich-rechtlichen Formate wurden sowohl Parteien links der Mitte als auch Parteien rechts der Mitte im Saldo negativ bewertet. Gleiches galt allerdings auch hier wieder für die 34 Vergleichs- und vor allem die 4 Extremmedien. Unterschiede zwischen den Medien zeigten sich nur im Hinblick darauf, wie groß der Überhang negativer Informationen war, und ob die Parteien links oder rechts der Mitte stärker kritisiert wurden. Natürlich erschienen in allen Medien auch Beiträge, die die Parteien positiv darstellten, sodass prinzipiell unterschiedliche Perspektiven vorhanden waren. Diese Beiträge waren aber in den meisten Formaten so klar in der Minderheit, dass von einer ausgewogenen Berichterstattung insgesamt eher nicht die Rede sein kann.

Alle hier untersuchten Nachrichtenmedien erweckten bei ihrem Publikum vielmehr überwiegend den Eindruck, dass weder Regierung noch Opposition in der Lage sind, die aktuellen Probleme zu lösen. Selbstverständlich kann und soll der Journalismus auch eine Kritik- und Kontrollfunktion erfüllen und dabei dezidiert auch auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam machen. Allerdings kann dies selbst zu einem Problem für die Demokratie werden, wenn es weitgehend dabei bleibt, während politische Problemlösungen und Erfolge kaum thematisiert werden.

Zum anderen zeigt sich in Bezug auf die Positionierung entlang grundlegender gesellschaftlicher Konfliktlinien, dass sich die neun hier untersuchten öffentlich-rechtlichen Formate ausnahmslos (Sozialstaatsorientierung) bzw. überwiegend (liberal-progressive Grundhaltung) auf der Seite der Gesellschaft positionieren, die man vereinfacht ausgedrückt als politisch links der Mitte bezeichnen kann. Sie reihten sich damit auch hier wieder weitgehend nahtlos in die 34 Vergleichsmedien ein, die mit wenigen Ausnahmen ebenfalls Sozialstaatsorientierung mit einer liberal-progressiven Grundhaltung verbanden. Sie unterschieden sich dabei aber in ihrer Positionierung: Während einige öffentlich-rechtliche Formate (*heute*, *BR-Nachrichten*) zu den ausgewogensten Medien zählten, befanden sich andere (*RBB- und WDR-Nachrichten*) deutlich weiter von der Mitte entfernt.

Insgesamt positionierten sich die neun hier untersuchten öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformate folglich relativ gleichmäßig in einem durch Außenpluralismus, aber auch eine leichte Linksschiefe gekennzeichneten Mediensystem. Sie fielen durch einen gegenüber den Vergleichsmedien weniger kritischen Umgang mit den aktuellen Regierungsparteien auf, gehörten aber ansonsten nicht zu den Medien, die sich am stärksten positionierten. Allerdings berichteten sie im Schnitt auch nicht unbedingt vielfältiger und ausgewogener als die Vergleichsmedien, obwohl die Ansprüche an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in dieser Hinsicht durchaus höher sind.

Die Behauptung, die Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien besonders einseitig, trifft folglich in dieser Form nicht zu. Auch wenn wir uns selbstverständlich nicht in der Position sehen, den Verantwortlichen Ratschläge zu erteilen, sehen wir aber dennoch den ein oder anderen Punkt, an dem diese ansetzen könnten, um die öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformate vielfältiger und ausgewogener zu gestalten. So ist zum einen offensichtlich, dass zumindest während unseres Untersuchungszeitraums in den meisten Formaten ausreichend Raum für eine Stärkung konservativer und markoliberaler Posi-

tionen vorhanden gewesen wäre. Wie dies gelingen kann, ohne es im Einzelfall zu erzwingen, ist sicher eine schwierige Frage. Man muss aber bedenken, dass ein Teil des Publikums solche Positionen vertritt und vermutlich erwartet, sie auch in den öffentlich-rechtlichen Formaten (häufiger) wiederzufinden. Hier geht es auch um das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil Menschen vor allem solchen Medieninhalten vertrauen, in denen sie (auch) ihre eigene Weltsicht bestätigt finden. Dabei ist plausibel, dass ein nachlassendes Vertrauen mittelfristig auch zu einer nachlassenden Nutzung führen wird. Hieran kann niemandem gelegen sein, der einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk für eine wichtige Grundlage demokratischer Staaten hält.

Zum anderen betrifft dies den starken Fokus auf negative Darstellungen aller Parteien, der sicher nicht dazu geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zu stärken. Hier könnte eine konstruktivere Berichterstattung sinnvoll sein, die stärker auch Problemlösungen und politische Erfolge einbezieht. Dabei geht es selbstverständlich nicht um kritiklose Berichterstattung oder die „gute Nachricht des Tages“. Es geht letztlich um eine Selbstverständlichkeit: Die Menschen sollten nicht nur über politische Probleme, sondern auch über Erfolge informiert werden, denn auch diese sind für ihre politische Meinungsbildung relevant. Auch wenn wir weit davon entfernt sind, monokausale Erklärungen für den Erfolg extremer Parteien liefern zu wollen, ist doch offensichtlich, dass diesen der Erfolg in einem Umfeld leichter fällt, in dem alle etablierten Parteien überwiegend als erfolglos und inkompetent charakterisiert werden.

Wir wollen abschließend aber auch noch auf einige **Einschränkungen unserer Studie** hinweisen. Zwar haben wir die Berichterstattung in einem relativ langen Zeitraum von drei Monaten untersucht. Trotzdem ist nicht auszuschließen, dass wir in einem anderen Zeitraum mit anderer Ereignislage und anderen Regierungskonstellationen andere Befunde erhalten hätten. Unter einer von der Union angeführten Bundesregierung würden Politiker von CDU und CSU fraglos deutlich häufiger als Akteure und Sprecher in den Nachrichtenbeiträgen auftreten. Sie hätten dann einerseits eher die Möglichkeit, über Zitate usw. die Berichterstattung in ihrem Sinne zu prägen. Andererseits stehen aber im Regelfall gerade die Regierungsparteien unter besonders kritischer Beobachtung der Medien. Ob und wie sich die wertende Darstellung der Parteien im Falle einer von der Union geführten Bundesregierung verändern würden, ist folglich unklar. Deshalb müssten Studien wie diese prinzipiell regelmäßig durchgeführt und aktualisiert werden.

Wir haben zudem nur die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen in unsere Untersuchung einbezogen. Selbstverständlich treten unterschiedliche Perspektiven auf die Gesellschaft im öffentlich-rechtlichen Rundfunk aber auch in ganz anderen Kontexten auf. Andere (oder auch die dieselben) Perspektiven findet man möglicherweise in den politischen Fernsehmagazinen, Talkshows, Satiresendungen oder auch im fiktionalen Programm. Wir haben diese Formate hier nicht untersucht, weil sie sich nicht sinnvoll mit den Vergleichsmedien vergleichen lassen. Auch hierzu bieten sich aber weitere Untersuchungen an.

Schließlich wollen wir hier auch noch einmal kurz an die mit Begriffen wie Vielfalt und Ausgewogenheit verbundenen Probleme erinnern: 1) Wo liegen die Grenzen der Vielfalt? In welchen Situationen erscheint also nur eine Perspektive auf das Geschehen akzeptabel und vertretbar? Dabei muss man allerdings berücksichtigen, dass die Wahrnehmung, was akzeptabel und vertretbar erscheint, erheblich durch die eigene Weltsicht geprägt ist. Auch wer sich aus hehren Zielen oder subjektiv als gut empfundenen Gründen auf eine Seite stellt, steht auf einer Seite. Hier stellt sich dann die Frage, ob dies (unter bestimmten Bedingungen) eine Aufgabe des Journalismus sein kann oder besser politischen Parteien und anderen Interessengruppen überlassen werden sollte, die sich üblicherweise für die Belange unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen einsetzen. 2) Meint Ausgewogenheit eine Gleichverteilung der Perspektiven oder eine an realen Meinungsverteilungen orientierte Berichterstattung? Ist es im Zweifelsfall also eher der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die existierenden Meinungsverteilungen maßstabsgerecht abzubilden? Dann wäre die Forderung nach Ausgewogenheit vor allem eine Frage der Richtigkeit oder Wahrhaftigkeit der Berichterstattung. Oder geht es eher darum, unterschiedliche Perspektiven mehr oder weniger gleichberechtigt nebeneinanderzustellen? Dann stünde vor allem die von bestehenden Meinungsverteilungen unabhängige Urteilsbildung des Publikums im Vordergrund. Eine Herausforderung wäre dann gleichwohl, wie die Zahl relevanter Positionen und Akteure auf ein von den Medienformaten vermittelbares Maß zu reduzieren wäre. Wir können diese Fragen hier nicht beantworten. Aber wenn wir eine Diskussion darüber anregen können, hätte unsere Studie auch über ihre Befunde hinaus einen wichtigen Zweck erfüllt.

AUTOREN

Marcus Maurer ist Professor für Politische Kommunikation am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: mmaurer@uni-mainz.de

Simon Kruschinski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: simon.kruschinski@uni-mainz.de

Pablo Jost ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: pablo.jost@uni-mainz.de

Die vorliegende Studie wurde zu etwa gleichen Teilen von der Stiftung Mercator und aus Mitteln der Johannes Gutenberg-Universität Mainz finanziert.

Die Autoren danken Alina Hahn, Alina Koch, Alina Skirrat, David Trippler, Franca Singh, Julia Kettenbach, Lissy Thormeier, Moritz Leinen und Yatasha Bhuiya für die sorgfältige und engagierte Codierung der Beiträge.

IMPRESSUM

Herausgeber

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Publizistik
Prof. Dr. Marcus Maurer
Jakob-Welder-Weg 12
55128 Mainz
<https://www.polkom.ifp.uni-mainz.de/>